

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht,  
Olga Petersen, Thomas Reich, Marco Schulz und Krzysztof Walczak (AfD)**

**Betr.: Verstärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz im Kampf gegen  
den islamistischen Terrorismus**

Seit dem 11. September 2001 wird Europa regelmäßig von islamistischen Terroristen angegriffen. Dieser als muslimischer Dschihad geführte Kampf hat in den letzten Jahren erheblich an Intensität gewonnen. Seit 2015 hat allein Frankreich 26 Terroranschläge erlebt, denen wenigstens 276 Menschen zum Opfer gefallen sind.<sup>1</sup> Infolge der jüngsten Attentate von Paris, Nizza und Avignon hat Emmanuel Macron den islamistischen Separatismus zum Erzfeind der Französischen Republik erklärt.<sup>2</sup> Als erster Staatschef eines Landes mit großer muslimischer Minderheit, spricht Macron damit offen aus, was längst eine Tatsache darstellt: Der islamistische Terrorismus ist die größte Bedrohung für die freien Bürgergesellschaften Europas. Welches Gefahrenpotenzial mittlerweile von ihm ausgeht, illustrieren die Daten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das für den Zeitraum von 2015 bis 2019 insgesamt 58 größere islamistische Terroranschläge in Europa zählt.<sup>3</sup> Der Befund einer verschärften Gefahrenlage gilt auch für Deutschland. Neben Würzburg, Ansbach, Berlin, Hamburg und Stuttgart hat zuletzt Dresden einen islamistischen Anschlag erlebt, wo der syrische Asylbewerber Abdullah al-H. H. am 4. Oktober 2020 einen Menschen erstach und eine weitere Person schwer verletzte.<sup>4</sup>

Trotz seiner internationalen Verbreitung und der verschiedenen Täterprofile ist die Mechanik des islamistischen Terrors stets dieselbe: Fanatisierte Muslime, die von flammendem Hass auf Europa beseelt sind, setzen die koranischen Tötungsauftrufe ins Werk. Dabei greifen sie ausgerechnet jene Gesellschaften an, die ihnen ein Höchstmaß an individueller Freiheit, Wohlstand und Sicherheit bieten. Wie die in Deutschland seit Jahren anhaltende Ausbreitung des Salafismus zeigt, ist es der Politik bis heute nicht gelungen, ein wirksames Gegenmittel für diesen Separatismus zu finden.<sup>5</sup> Anstatt seine Ursachen zu bekämpfen, werden nach Anschlägen stets nur Symptome behandelt. Da der offenkundige Zusammenhang zwischen muslimischer Migration und islamistischem Terror aus weltanschaulichen Gründen nicht benannt werden darf, wird er kategorisch geleugnet.

<sup>1</sup> 

<sup>2</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-macron-gesetzentwurf-islamisierung-terror-1.5053064>.

<sup>3</sup> <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-uebersicht-ausgewaehlter-islamistisch-terroristischer-anschlaege>.

<sup>4</sup> <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/dresden-attentat-mutmasslicher-moerder-galt-als-gefahr-fuer-die-sicherheit-a-00000000-0002-0001-0000-000173654757>.

<sup>5</sup> Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt gegenwärtig 12.150 Salafisten. Confer Bundesverfassungsschutzbericht 2019. Seite 181.

Die zwischen dem 4. Oktober und 2. November 2020 erfolgten Anschläge in Frankreich, Deutschland und Österreich haben gezeigt, dass diese Ignoranz verheerendste Folgen haben muss. Dies gilt umso mehr, als staatlichen Stellen immer häufiger kardinale Fehler unterlaufen. Abdullah al-H. H. war dem BND etwa als Rekrutierer des IS bekannt. Diese Information wurde aber nicht an den Bundesverfassungsschutz weitergeleitet, sondern blieb unberücksichtigt.<sup>6</sup> Auch Kujtim F., der am 2. November 2020 in Wien vier Menschen tötete und mehr als zwei Dutzend zum Teil schwer verletzte, galt nach Einschätzung von Sachverständigen als deradikalisiert.<sup>7</sup> Beide Männer konnten ihre Taten verüben, obwohl sie zuvor wegen Delikten aus dem Bereich der Extremismuskriminalität Haftstrafen verbüßt hatten.<sup>8</sup> Während man Abdullah al-H. H. nur unzureichend überwachte, hatte man Kujtim F. vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. Solchen Pannen liegt ein politisches Versagen zugrunde, das auch in Hamburg schon zu Opfern geführt hat. Ahmad Alhaw, der am 28. Juli 2017 einen Menschen in Barmbek erstach und sechs weitere zum Teil schwer verletzte,<sup>9</sup> war den Sicherheitsbehörden als Islamist bekannt gewesen. Zum Tatzeitpunkt lagen der Polizei drei Hinweise zu radikalen Äußerungen, religiöser Auffälligkeit und verbaler Aggressivität vor.<sup>10</sup> Eine akute Gefahr für die Allgemeinheit hatte man jedoch nicht erkannt.

Die geringe Effektivität der in Hamburg unternommenen Maßnahmen zur Eindämmung des Islamismus tritt jedoch auch an anderer Stelle zutage. So ist das salafistische Personenpotenzial zwischen 2012 und 2020 um 180 Prozent gestiegen.<sup>11</sup> Von den 674 im August 2020 bekannten Salafisten galten 344 als Dschihadisten. Mit einem Anteil von 51 Prozent hatte die gewaltorientierte Fraktion unter ihnen bereits die Oberhand.<sup>12</sup> Hinzu kommt, dass sowohl bei den Salafisten als auch bei den Dschihadisten Ausländer und Migranten die Mehrheit bildeten. In beiden Gruppen verfügten nämlich nur 41 beziehungsweise 20 Prozent über ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit. Da der Migrationshintergrund als Merkmal zur Personenbeschreibung aus politischen Gründen nicht erfasst wird, bleibt unklar, wie viele der als exklusiv Deutsche geführten Personen in Wahrheit eingebürgerte Migranten sind. Schließlich zeigt auch die Tatsache, dass aus der Metropolregion Hamburg bislang insgesamt 86 Personen nach Syrien ausgereist sind, um sich dort dem IS anzuschließen, dass die vom Salafismus ausgehende Bedrohung noch immer akut ist.<sup>13</sup> Die Bedeutung Hamburgs als Rückzugs- und Treffort deutscher Salafisten wird umso deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass 2020 etwa 8,1 Prozent aller deutschen Dschihadisten aus der Hansestadt stammen.<sup>14</sup>

Angesichts der jüngsten Terroranschläge und eingedenk der Tatsache, dass die Täter nur handeln konnten, weil den Behörden kardinale Fehleinschätzungen beziehungsweise verhängnisvolle Pannen unterliefen, ist es unabdingbar, sicherzustellen, dass sich so etwas in Zukunft nicht wiederholt. Nach Dresden, Paris, Nizza, Avignon und Wien ist klar, dass der islamistische Terrorismus eine allgegenwärtige Bedrohung für die innere Sicherheit darstellt, an deren wirksamer Bekämpfung die Politik bislang scheitert.

<sup>6</sup> <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/dresden-anschlag-101.html>.

<sup>7</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/anschlag-blutspur-durch-europa-1.5104003>.

<sup>8</sup> <https://www.spiegel.de/politik/ausland/attentaeter-von-wien-zeit-fuer-den-heiligen-krieg-a-55aafd8e-fcfc-4a63-9744-aea10383f042>.

<sup>9</sup> [REDACTED]

<sup>10</sup> Drs. 21/10003.

<sup>11</sup> Drs. 22/1329.

<sup>12</sup> Ibidem.

<sup>13</sup> Confer Verfassungsschutzbericht Hamburg 2019. Seite 42.

<sup>14</sup> Confer ibidem Seiten 41 bis 42.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

1. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg personell zu verstärken. Hierzu sind im Referat V21: Islamismus der Abteilung V2: Auswertung zehn neue Stellen zu schaffen.
2. Der Senat möge der Bürgerschaft zum 1. Februar 2021 berichten.